#### Stadt Bergisch Gladbach Der Bürgermeister

Datum
09.07.2014
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 6-10
Schriftführung
Friedhelm Assmann
Telefon-Nr.
02202-141428

#### **Niederschrift**

Planungsausschuss Sitzung am Dienstag, 01.04.2014

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 17:50 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

#### Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

#### **Tagesordnung**

- Ö Öffentlicher Teil
- Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung öffentlicher Teil -
- 3 Bericht über die Durchführung von Beschlüssen aus der Sitzung des Planungsausschusses am 13.02.2014 0119/2014
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

5	Mitteilungen	des Bürge	ermeisters
•	1 TITUTE CITALITY CIT	uco Dui L	

- **6** Gartensiedlung Gronauer Wald
  - Mitteilung zum Ergebnis der Bürgerversammlung 0120/2014

7 Eintragung Stellwerk Tannenbergstraße in die Denkmalliste 0121/2014

- 8 Eintragung Wirtschaftshof der Burg Zweiffel in die Denkmalliste 0134/2014
- 9 B-Plan Vinzenz-Pallotti-Straße Teil 1 -
  - Beschluss der Stellungnahmen
  - Beschluss als Satzung 0122/2014
- 10 Bebauungsplan Nr. 5583 Bockenberg 2 -
  - Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung 0123/2014
- Anderung Nr. 177/5511 Platzer Höhenweg des Flächennutzungsplanes
  - Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung 0133/2014
- 12 Bebauungsplan Nr. 5511 Platzer Höhenweg -
  - Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung 0124/2014
- Anregungen, Am Silberkauler Weg Planungsrecht für weitere Wohnbauflächen zu schaffen 0144/2014
- 14 Anfragen der Ausschussmitglieder

#### **Protokollierung**

#### Ö Öffentlicher Teil

## 1. <u>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit</u>

Der Ausschussvorsitzende, Herr Sprenger, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit des Planungsausschusses fest.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

### 3. Bericht über die Durchführung von Beschlüssen aus der Sitzung des Planungsausschusses am 13.02.2014 0119/2014

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

#### 4. <u>Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden</u>

Herr Sprenger teilt mit, dass er in der kommenden Ratsperiode nicht mehr kandidieren und er daher heute zum letzten Mal die Sitzung des Planungsausschusses leiten werde.

Alle Fraktionen bedanken sich beim Ausschussvorsitzenden für die konstruktive Zusammenarbeit und die gute Sitzungsleitung in den vergangenen Jahren.

#### 5. <u>Mitteilungen des Bürgermeisters</u>

Herr Schmickler weist auf die Angebot hin, welches das Geoportal für interessierte Bürger auf der städtischen Homepage biete. So seien nunmehr Stadtpläne, Katasterkarten, Luftbilder etc. für jedermann frei über das Internet abrufbar.

Frau Müller-Veit verweist auf die vor der Sitzung an alle Mitglieder verteilte, um die Darstellung der Lärmpegelbereiche ergänzten Entwurfsplanung zum Bebauungsplan Vinzenz-Pallotti-Straße

und bittet darum, die Anlage 1 der Vorlage zu TOP 9 auszutauschen.

### 6. <u>Gartensiedlung Gronauer Wald</u> - <u>Mitteilung zum Ergebnis der Bürgerversammlung</u> 0120/2014

Frau Graner teilt mit, dass sie vom Freundeskreis Gartensiedlung Gronauer Wald e.V. eine positive Resonanz zur Veranstaltung (Bürgerversammlung am 11.02.2014) erhalten habe. Das Protokoll gebe die Diskussionspunkte gut wieder.

Auf Anfrage von Frau Graner hinsichtlich der verfügbaren Regelungsinstrumente, macht Frau Müller-Veit deutlich, dass das Gestaltungshandbuch lediglich eine Absichtserklärung darstelle, die eine verbindliche Ratsentscheidung nicht ersetzen könne.

Herr Löhlein ergänzt, dass die Verwaltung derzeit noch prüfe, ob eine Erhaltungssatzung oder ein sich über die gesamte Siedlung erstreckender einfacher Bebauungsplan das geeignetere Instrument sei.

### 7. <u>Eintragung Stellwerk Tannenbergstraße in die Denkmalliste</u> 0121/2014

Frau Graner vermutet, dass es letztendlich der Hartnäckigkeit des Bergischen Geschichtsvereins zu verdanken sei, dass sich das Ministerium für eine Eintragung des Stellwerks in die Denkmalliste entschieden habe.

Sie begrüßt diese Entscheidung und bittet um Berücksichtigung, dass entsprechend dem vorliegenden Gutachten auch die älteren Schrankenanlagen in die Unterschutzstellung einzubeziehen sind.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Verwaltung wird beauftragt, die Eintragung gemäß § 3 Absatz 2 in Verbindung mit § 2 Denkmalschutzgesetz NW (DSchG NW) in die Denkmalliste der Stadt Bergisch Gladbach unter der laufenden Nummer Nr. 172 vorzunehmen.

### 8. <u>Eintragung Wirtschaftshof der Burg Zweiffel in die Denkmalliste</u> 0134/2014

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Verwaltung wird beauftragt, die Eintragung gemäß § 3 Absatz 2 in Verbindung mit § 2 Denkmalschutzgesetz NW (DSchG NW) in die Denkmalliste der Stadt Bergisch Gladbach unter der laufenden Nummer Nr. 173 vorzunehmen.

# 9. <u>B-Plan Vinzenz-Pallotti-Straße Teil 1 - Beschluss der Stellungnahmen - Beschluss als Satzung</u> 0122/2014

Herr Dr. Baeumle-Courth schließt sich den Gegenargumenten des Einwenders B2 an. Man habe andere Vorstellungen von Stadtentwicklung und werde dem Bebauungsplan nicht zustimmen. Herr Schmickler entgegnet, dass entsprechend dem Gewerbeflächenkonzept insbesondere in Autobahnnähe Bedarf an der Entwicklung weiterer Gewerbeflächen bestehe.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Baeumle-Courth stellt Herr Schmickler fest, dass der Schießstand entgegen anderslautender Behauptungen genehmigt und damit bauordnungsrechtlich legal errichtet sei. Er erläutert die Vorteile des Bebauungsplanverfahrens hinsichtlich der gesicherten Erschließung und der qualifizierten Schallschutzmaßnahmen für die Umgebung, als auch für den Betreiber selbst.

Herr Dr. Metten schließt sich den Ausführungen von Herrn Schmickler an. Im Hinblick auf die Autobahnnähe sieht auch er den Standort als ideal für Gewerbeansiedlung an. Er habe die Hoffnung, dass sich das Gewerbegebiet weiter entwickeln werde.

Herr Neu teilt mit, dass auch die SPD Fraktion den Beschlussempfehlungen zustimmen werde.

Der Ausschuss fasst folgende

<u>Beschlüsse</u>: (jeweils mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB)

- I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 5342 Vinzenz-Pallotti-Straße - Teil 1 gem. §3 Abs.2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Einwender
  - B1 wird nicht entsprochen.
  - B2 wird nicht entsprochen.
  - B3 wird nicht entsprochen.
  - B4 wird nicht entsprochen.
  - T1 Deutsche Telekom Technik GmbH wird entsprochen.
  - T2 Landesbetrieb Wald und Holz NRW wird nicht entsprochen.
  - T3 RNG Rheinische NETZgesellschaft wird entsprochen.
  - T4 Landesbetrieb Straßen NRW wird entsprochen.
  - T5 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.
  - T6 LVR Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland wird teilweise entsprochen.
  - T7 Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau und Energie wird teilweise ent sprochen.
  - T8 Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelräumdienst wird entsprochen.
- II. Der BP Nr. 5342 Vinzenz-Pallotti-Straße Teil 1 einschließlich der Begründung gemäß §9 Abs.8 BauGB, wird, gemäß §10 BauGB und der §§7 und 41 GO NW als Satzung beschlossen.

### 10. <u>Bebauungsplan Nr. 5583 - Bockenberg 2 - Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung</u> 0123/2014

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Planungsausschuss beschließt, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 5583 – Bockenberg 2 – auf der Grundlage der beiden Varianten zum Vorentwurf fortzusetzen und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mittels Aushang.

Der Ausschuss ist sich einig, die TOP 11 und 12 gemeinsam zu beraten und anschließend getrennt abzustimmen.

## 11. Änderung Nr. 177/5511 - Platzer Höhenweg - des Flächennutzungsplanes - Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung 0133/2014

Es wird verwiesen auf die Protokollierung unter TOP 12.

Der Ausschuss fasst folgenden

<u>Beschluss</u>: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE./BfBB)

Für die Änderung Nr. 177 / 5511 -Platzer Höhenweg- des Flächennutzungsplans ist die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §3 Abs.1 des Baugesetzbuchs durch Aushang durchzuführen.

### 12. <u>Bebauungsplan Nr. 5511 - Platzer Höhenweg - Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung</u> 0124/2014

Herr Steinbüchel weist darauf hin, dass die dort bereits bestehende Bebauung aufgrund einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung ermöglicht wurde. Dies spreche dafür, dass man diesen Bereich schon damals als Außenbereich angesehen habe. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN teilt diese Auffassung und spricht sich gegen eine weitere Bebauung aus.

Auch nach Auffassung von Herrn Dlugosch handle es sich hier um eine Bebauung im Außenbereich, die abgelehnt werde. Er kritisiert, dass dieser Bebauungsplan zugunsten eines Bauwilligen zeitlich vorgezogen und priorisiert wurde, während die Bearbeitung älterer - durchaus sinnvollerer – Bebauungsplanverfahren zeitlich hinausgeschoben werde.

Herr Sprenger weist darauf hin, dass die Bauwünsche dem Ausschuss schon jahrelang bekannt seien und dass es sich keineswegs um ein kurzfristiges und vorgezogenes Entgegenkommen der Verwaltung gegenüber einem Bauwilligen handle.

Angesichts der geringen Größe des Plangebiets und der Auswirkungen des Bebauungsplans bedauert Herr Steinbüchel die Bindung von Arbeitskraft.

Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Dlugosch weist Herr Dr. Metten den Vorwurf auf "Vetternwirtschaft" zurück. Vielmehr handle es sich hier um einen sinnvollen Abschluss eines Verfahrens, welches ein ihm unbekannter Grundstückseigentümer vor Jahren bereits initiiert habe.

Herr Neu und auch Frau Graner schließen sich dem an.

Auf Anfrage von Herrn Kraus teilt Herr Löhlein mit, dass im weiteren Verfahren die Lärmschutzmaßnahmen bezüglich der an die Sportanlage heranrückenden Wohnbebauung noch zu prüfen sei.

Angesichts der einseitigen entlang der Straße könne man nach Auffassung von Herrn Dr. Bernhauser kaum von einer Bebauung im Außenbereich sprechen, wenn auf der anderen Straßenseite eine Bebauung ermöglicht werde. Er spricht sich für den Erhalt der vorhandenen Baumreihe auf der linken Straßenseite aus und würde es begrüßen, wenn eine Fußwegeverbindung zu den Sportanlagen eingeplant werden könnte.

Der Ausschuss fasst folgenden

<u>Beschluss</u>: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE./BfBB)

Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung für den Bebauungsplan (BP) Nr. 5511 -Platzer Höhenweg - die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) mittels Aushang durchzuführen.

### 13. <u>Anregungen, Am Silberkauler Weg Planungsrecht für weitere Wohnbauflächen zu schaffen</u> 0144/2014

Nach Auffassung von Herrn Dr. Bernhauser solle versucht werden, im Rahmen der Erstellung des Flächennutzungsplanes eine Neubewertung der Grundstücke zu erreichen, um diese eventuell doch noch einer Bebauungsplanung zuführen zu können.

Herr Neu schließt sich dem an. Immerhin obliege die Planungshoheit weiterhin der Stadt und nicht der Bezirksregierung.

Demgegenüber teilt Herr Steinbüchel die Bedenken der Bezirksregierung und lehnt die Bebauung ab.

Frau Graner befürchtet, dass die Verwaltung im Antragschreiben an die Bezirksregierung deren Ablehnung provoziert habe.

Herr Löhlein sagt zu, das damalige Antragschreiben der Niederschrift als Anlage beizufügen.

Um dem mehrheitlich geäußerten Wunsch des Ausschusses nachkommen zu können, das Verfahren im Rahmen der Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplans aufzugreifen, stellt Herr Dr. Metten einen Vertagungsantrag.

Sodann lässt Herr Sprenger über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden

<u>Beschluss</u>: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB)

Die Beschlussfassung zur Anregung, Am Silberkauler Weg Planungsrecht für weitere Wohnbebauung zu schaffen, wird in eine der nächsten Sitzungen des Planungsausschusses vertagt.

#### 14. <u>Anfragen der Ausschussmitglieder</u>

Anlässlich der Presseberichterstattung zum Umgang mit Schwarzbauten bittet Herr Dr. Metten um Mitteilung des Sachstands in Bezug auf die Anzahl der aktuell bekannten Schwarzbauten und die voraussichtlichen Rechtsfolgen in Härtefällen.

Herr Steinbüchel fragt nach den Sachständen in Bezug auf die Bebauungsplanung im Bereich Lustheide und in Bezug auf die Berücksichtigung der Grüngürtel-Charta in der städtischen Bauleitplanung.

Herr Schmickler führt aus, dass es hinsichtlich des Bebauungsplanverfahrens Lustheide keine Neuigkeiten zu vermelden gebe. Die Umsetzung der Grüngürtel-Charta erfolge im Rahmen des Neuaufstellungsverfahrens zum Flächennutzungsplan.

Auf Anfrage von Herrn Dlugosch erklärt Frau Müller-Veit, dass die Prüfung hinsichtlich der gewünschten Legalisierung der ehemaligen Hausmeisterhäuser im Bebauungsplangebiet "Industrieweg" noch nicht abgeschlossen sei.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Sprenger, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:40 Uhr.